Sparkassen

Die schleichende "Genofizierung"?

Eine Sparkassen-Fusion ist dieser Tage eigentlich nichts Ungewöhnliches. Lag die Zahl der Institute 2016 noch bei 403, sank sie bis heute auf 379. Wenn nun allein die Ankündigung von Gesprächen über einen möglichen Zusammenschluss zwischen zwei Häusern zu einem ordentlichen Rumoren führt und sich sogar DSGV und Deutscher Landkreistag zu Wort melden, lohnt es sich dann aber doch einmal genauer hinzuschauen.

Mitte September haben die Sparkasse Mittelholstein in Rendsburg und die Förde Sparkasse in Kiel angekündigt, von den jeweiligen Gremien grünes Licht für Fusionsgespräche erhalten zu haben. Ziel eines möglichen Zusammenschlusses sei es, die Position beider Sparkassen als Marktführer in ihren Geschäftsgebieten zu sichern und zu stärken, heißt es in der gemeinsamen Mitteilung. Durch einen solches Zusammengehen beider Häuser entstünde ein Institut mit einer Bilanzsumme von gut 10,5 Milliarden Euro, knapp 8 Milliarden Euro Kundeneinlagen, einem Kundenkreditvolumen von mehr als 8,1 Milliarden Euro und 1600 Mitarbeitern, wobei die Förde Sparkasse der deutlich größere Partner ist. In der Rangliste der größten deutschen Sparkassen würde die fusionierte Sparkasse auf Platz 17 vorrücken. Alles Stand Ende 2019. Und alles eigentlich noch recht unverdächtig und auch vernünftig.

Doch dann kommt es, denn auch über die Rechtsform hat man sich im hohen Norden schon Gedanken gemacht. Im Sinne dieser Zielsetzung werde geprüft, ein gemeinsames Institut künftig als Aktiengesellschaft zu führen, so die Pressemitteilung. Und Förde Sparkassen-Chef Götz Bormann lässt sich wie folgt zitieren: "Kunden könnten sich so direkt an ihrer Sparkasse beteiligen. Damit könnten wir über die Ausgabe von Aktien einen wichtigen Schritt in Richtung 'Bürger-Sparkasse' gehen."

Die Privatisierung einer Sparkasse ist im öffentlich-rechtlichen Lager bekanntlich ein Thema, das instinktiv einen Beißreflex auslöst. Denn Sparkassen haben vom Selbstverständnis und auch dem Gesetz her nun einmal gemeinnützige öffentlich-rechtlich Universalbanken in

kommunaler Trägerschaft zu sein. Entsprechend dauerte es auch nicht lange, bis sich der DSGV zu Wort meldete und klarstellte, man lehne Aktiengesellschaften als Rechtsform für Sparkassen ab. Und der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Hans-Günter Henneke, der auch einer der Vize-Präsidenten des DSGV ist, sieht in den Plänen eine "immense Sprengkraft für den gesamten Sparkassensektor". Denn es drohe nicht weniger als eine schleichende Privatisierung kommunaler Sparkassen.

So vorhersehbar eine solche Reaktion aus dem Sparkassenlager sicherlich war, so übertrieben ist sie auch. Zum einen wurde die Mittelholsteinische Sparkasse 1991 schon als eine im Handelsregister Kiel eingetragene Aktiengesellschaft gegründet. Das Stammkapital wird von der Haspa Finanzholding (51,45 Prozent), dem Zweckverband der Sparkasse Hennstedt-Wesselburen (20,28 Prozent), der Stiftung Spar- und Leih-Kasse in Rendsburg (13,37 Prozent), Privataktionären und Mitarbeitern (6,77 Prozent), der Stadt Büdelsdorf (5,14 Prozent), dem Zweckverband Sparkasse Mittelholstein (1,69 Prozent) sowie der Stadt Rendsburg (1,30 Prozent) gehalten.

Das liest sich im Wesentlichen wie die ganz normale Trägerschaft einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse. Warum droht dann nun die "schleichende Privatisierung kommunaler Sparkassen"? Und was spricht dagegen, die Kunden an ihrer Sparkasse zu beteiligen und so die Bindung zum Institut zu erhöhen? Das funktioniert bei Kreditgenossenschaften seit Jahrhunderten hervorragend. Da scheint man vielmehr Angst vor der schleichenden "Genofizierung" zu haben. Wo man doch in der Sparkasse in Kiel auch schon darüber nachdenkt, gemeinsame Filialen mit der Dithmarscher Volks- und Raiffeisenbank eG zu betreiben.

Wirtschaftspolitik

Kein Lieferservice

Im Verlauf dieses bislang so außergewöhnlichen Jahres haben wir Menschen viel gelernt. Zuallererst natürlich, dass wir nicht unentwegt und unbegrenzt fröhlich vor uns hinleben können, sondern, dass etwas wie diese Pandemie die Rahmenbedingungen plötzlich und schnell verändern kann. Eine schöne Erfahrung war sicherlich für viele von uns die durch diese neuen Umstände, von Not sollte man doch vielleicht noch gar nicht sprechen, an vielen Stellen wiederentdeckte Solidarität. Und auch der Arbeitsalltag veränderte sich. Was ebenfalls spannende Erkenntnisse mit sich brachte: Man kann auch aus dem Homeoffice selbst komplexere Arbeitstätigkeiten ausführen, ohne dass die Unternehmen gleich in die Knie gehen. Man muss sich nicht mehr immer und überall treffen, nur um Geschäfte zu machen. Und schließlich: Man kann sich doch auf den Staat verlassen. Denn dieser hat, als er gefordert war, schnell und zielstrebig reagiert und auf all die vielen kleinen und großen Wunden bei Verbrauchern und Unternehmen die passenden Pflaster geklebt.

Das hat Deutschland bislang gut durch die Krise gebracht, auch wenn manche Folgeeffekte der Moratorien, Stundungen, Garantien, Pflichtenaussetzungen und Unterstützungen wie dem Kurzarbeitergeld heute noch nicht absehbar sind und sicherlich mehr oder weniger kräftig in Zukunft noch spürbar werden. Aber daran sollten wir uns aber bitte nicht gewöhnen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Und die öffentliche Hand ist kein Lieferservice, der immer und überall auf jede Bestellung umgehend reagiert. Sondern er übernimmt Risiken in den Zeiten, in denen eine Krise die Privatwirtschaft überfordern würde. Das ist jedoch beileibe kein Dauerzustand. Auch wenn das dem ein oder anderen gar nicht behagen mag, so muss die öffentliche Hand doch Umfang und Dauer der Hilfsprogramme immer wieder neu überprüfen und adjustieren.

Denn natürlich sind es diejenigen Unternehmen, die mit Kreativität und einem unaufhörlichen Effizienzstreben in erbarmungslosen Märkten gute Ergebnisse erzielen, die den größten Beitrag zu einem fundierten Wachstum der Volkswirtschaft leisten. Nur diese können sich dauerhaft und nachhaltig Kapital beschaffen, investieren, Arbeitsplätze anbieten - und trotzdem noch alle Steuern und Sozialbeiträge zahlen. Von daher sollte die öffentliche Hand die gegenwärtige Situation genauso wenig als Einfallstor ausnützen, um eigene Interessen in Form von allerlei Regulierungen durchzudrücken, weder schwarze, noch rote noch grüne. Karl Schiller sagte einmal: "So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig." Dem ist immer noch nicht viel hinzuzufügen.

Kapitalmarkt

Die Gunst der Stunde

Ende September veröffentlichte die EU-Kommission ihren "neuen Aktionsplan" zur weiteren Vorgehensweise bei der europäischen Kapitalmarktunion, welcher nun mit dem EU-Parlament und dem Rat der EU diskutiert werden soll. Die Arbeiten an der Kapitalmarktunion hatten schon lange vor der Corona-Virus-Krise begonnen, im Jahre 2015 bereits. Im Allgemeinen schreibt sich die Europäische Kommission auf die Fahnen, den Zugang zu Informationen zu vereinfachen und die Hemmschwelle, sich als Unternehmen oder Privatanleger am Kapitalmarkt zu engagieren, herabsetzen zu wollen. Da winkt hier eine Initiative zum Abbau von Bürokratie und Informationsflut, dort eine Harmonisierung von Besteuerungsregelungen.

Angesichts der Pandemie ist die Kapitalmarktunion für die Kommission zu einem wahrhaft dringlichen Projekt geworden. Denn umfangreiche Hilfsprogramme der öffentlichen Hände haben Unternehmen zwar geholfen, den infolge von Lockdown-Maßnahmen entstandenen kurzfristigen Liquiditätsengpass zu überwinden. Dies kann aber kein Dauerzustand bleiben: Um auf mittlere und längere Sicht solvent bleiben zu können, so die EU, benötigen die Unternehmen wieder stabile Finanzierungsstruktur. "Marktfinanzierung wird das Lebenselixier sein, das die Erholung und das zukünftige Wachstum langfristig unterstützt", heißt es dazu im gerade vorgelegten "neuen Aktionsplan", der 16 konkrete Maßnahmen vorsieht, um einer "echten Kapitalmarktunion in Europa" näher zu kommen.

Die EU will ganz offensichtlich die Gunst der Stunde nutzen, um endlich Bewegung in die seit 2015 währenden Bemühungen zur Schaffung eines europäischen Kapital-Binnenmarkts. Die erklärten drei Ziele des neuen "neuen Aktionsplans" sind: Die Gewährleistung einer grünen, digitalen, inklusiven und widerstandsfähigen wirtschaftlichen Erholung in der EU, indem europäischen Unternehmen, insbesondere KMU, der Zugang zu Finanzierungen erleichtert wird. Die Ausgestaltung eines EU-Finanzplatzes, an dem Privatpersonen in einem noch sichereren Umfeld als bisher langfristig sparen und investieren können. Und schließlich die In-

tegration der nationalen Kapitalmärkte in einen echten EU-weiten Kapitalbinnenmarkt.

Die nun vorgelegten 16 Maßnahmen sind ein buntes Allerlei ursprünglicher Ideen zur Kapitalmarktunion und aktueller Brüsseler Interessen. Sie reichen von der Schaffung zentraler Sammelstellen von offengelegten Informationen beispielsweise zur nachhaltigen Ausrichtung von Unternehmen oder Altersvorsorgesystemen in den einzelnen Ländern über die Harmonisierung und damit Intensivierung der Finanzbildung der Bevölkerung bis hin zu steuerlichen Vereinheitlichungen bei der Quellensteuer, den besseren Schutz von Investitionen in der EU, den einfacheren Zugang zu öffentlichen Marktplätzen für kleine und mittlere Unternehmen und gleichzeitig die Erleichterung von langfristigen Finanzierungen dieser Gruppe durch Banken und Versicherer bis hin zum dicken Brett der sanften Vereinheitlichung von Insolvenzregeln und Fortschritten bei der aufsichtlichen Konvergenz und gleichen Anwendung des einheitlichen Regelwerks für die EU-Finanzmärkte und der Zertifizierung von Finanzberatern – Wirecard lässt grüßen.

All das liest sich nun nicht besonders innovativ oder durchschlagskräftig. Vielmehr fragt man sich: Warum erst jetzt? Sicherlich hätten einige der Maßnahmen doch schon in den vergangenen fünf Jahren angegangen oder sogar vollendet werden können. Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber spricht denn auch von "altem Wein in neuen Schläuchen". Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen rund um Corona und Brexit betont er aber auch: "Jetzt wäre die Zeit, bei der Kapitalmarktunion endlich messbare Fortschritte zu machen." Ob Brüssel die Gunst der Stunde – und dazu zählt auch die deutsche Ratspräsidentschaft – nutzen kann?

Banken

Nach Corona?

Die aktuell wieder ansteigenden Infiziertenzahlen zeigen vor allem eins: Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei, sondern wird uns noch lange Zeit beschäftigen. Noch halten sich zwar die wirtschaftlichen Auswirkungen dank des beherzten Eingreifens von staatlicher Seite und dem Pflichtbewusstsein der Kreditwirtschaft in Grenzen. Doch wie lange noch? Und

was kommt danach. Die Suche nach Antworten gleicht zwar an vielen Stellen noch dem Blick in die Glaskugel, einfach weil Erfahrungswerte fehlen. Und doch kann man einige Entwicklungen heute schon relativ sicher prognostizieren, natürlich ohne konkrete Konsequenzen ableiten zu können. Nach Corona, wann auch immer das sein mag, wird die Weltwirtschaft ebenso stärker verschuldet sein wie die europäische Wirtschaft und die deutsche Wirtschaft. Nach Corona werden die Unternehmen, werden die privaten Haushalte, wird die öffentliche Hand stärker verschuldet sein. Nach Corona werden also die Verwundbarkeiten ungleich höher sein als aktuell. Die Risiken für das Finanzsystem werden also höher sein.

Entsprechend betonen die deutschen Bankenaufseher, dass es noch zu früh sei, um Entwarnung für den Bankensektor zu geben. Im Gegenteil: "Die Wirtschaft erholt sich, aber auf die Banken wirkt sich die Krise erst verzögert aus", sagte beispielsweise Bundesbank-Vorstand Joachim Wuermeling jüngst auf einer Veranstaltung. BaFin-Präsident Felix Hufeld ergänzte, dass laut Ergebnissen des Covid-19-Stresstests, den BaFin und Bundesbank gemeinsam entwickelt haben, die deutschen Banken auch in einem sehr drastischen Szenario ausreichend kapitalisiert sind. Zum Beispiel sinke die durchschnittliche Kernkapitalquote des Stammkapitals um 4,7 Prozentpunkte, wenn das BIP um 10,8 Prozent einbreche, liege aber immer noch bei 11,2 Prozent. Und das ohne die Berücksichtigung der verschiedenen staatlichen Hilfsprogramme.

Doch Hufeld betonte auch die Gefahren solcher Hochrechnungen. Zum einen beruhten diese immer auf "Wenn-dann"-Annahmen, von denen die Realität in Zukunft abweichen könne. Zum anderen gelte die ermittelte relative Robustheit des deutschen Bankensektors nur im Aggregat. "Im wirklichen Leben können die Dinge für einzelne Banken jedoch ganz anders aussehen", so der BaFin-Präsident. Entsprechend müssten sich die Bankmanager neben der akuten Krisenbewältigung auch auf operative und strategische Fragen konzentrieren.

Und das ist nicht leicht, denn die Corona-Pandemie verschärft und ergänzt viele der bekannten Herausforderungen noch. So kämpfen die Institute bereits seit geraumer Zeit mit sinkenden Margen und niedrigen Zinsen. Nun kommt noch die sich verschlechternde Kreditwürdig-

keit der Kunden dazu, in den vergangenen Jahren eher ein ergebnisstabilisierender Faktor im positiven Sinne. Gleichzeitig wächst die Zahl der Wettbewerber aus dem Nichtbanken-Sektor, und das nicht nur im Zahlungsverkehr, sondern auch dem Kerngeschäft der Banken, nämlich der Kapitalvergabe durch Kreditfonds, Private Debt und andere Finanzierungsquellen. Laut einer aktuellen PwC-Studie wächst der Nichtbanken-Sektor seit aut zehn Jahren deutlich stärker als traditionelle Finanzierungsinstitute. Für die Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist daher klar: In der Post-Corona-Welt werden klassische Finanzinstitute weiter ins Hintertreffen geraten. Banken und Sparkassen müssen natürlich darauf achten, auch künftig Teil der Wertschöpfungskette zu sein. Die Chancen dafür stehen sicherlich nicht so schlecht. Denn auch das Hohelied auf den unwiderruflichen Erfolg der Nichtbanken ist schon das ein oder andere Mal gesungen worden. Entscheidend bleibt, wem die Kunden vertrauen.

Nachhaltigkeit

Klimaschutz nicht um jeden Preis

Der menschengemachte Klimawandel bedroht nicht nur die Umwelt, sondern auch die Gesellschaft und die Wirtschaft. "Wir müssen uns selbst in die Welt von morgen treiben", sagte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kürzlich in ihrer Rede zur Lage der EU. Bis zum Jahr 2030 soll der Treibhausgas-Ausstoß gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 um mindestens 55 Prozent sinken, zuvor war von 40 Prozent die Rede. Dabei kommt der Kreditwirtschaft eine entscheiden Rolle zu, schließlich ist sie es. die einen Großteil des Wandels finanzieren soll und muss. "Die Banken stehen bereit, eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz einzunehmen. Mehr Klimaschutz geht nur mit den Banken", so Dr. Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des BdB.

Um diesen Anforderungen aber auch gerecht werden zu können, fordern die privaten Banken schnelle und spürbare Verbesserungen auf politischer wie regulatorischer Ebene. Denn einer Umfrage des Bankenverbands unter seinen Mitgliedern zufolge rechnen 89 Prozent der befragten Banken mit spürbaren oder sogar gravierenden Folgen des Klimawandels für die Fi-

nanzbranche innerhalb der kommenden zehn lahre

So spricht sich der BdB in seinem aktuellen Positionspapier "Sustainable Finance - Der Beitrag der privaten Banken" für eine stärkere Förderung von ESG-Projekten durch die öffentliche Hand aus. Konkret schweben den Verantwortlichen staatliche Garantien vor, durch die ein Teil oder das gesamte Adressenausfallrisiko übernommen würde. Das hätte gleich zwei Vorteile: Zum einen erhoffen sich die privaten Banken davon einen Nachfrageschub. Denn es gäbe zwar schon ein umfassendes grünes Kredit- und Kapitalangebot, allerdings fehle es noch an der Nachfrage, so Ossig. Zum anderen würden staatliche Garantien auch die Kosten für die Banken senken, da ein so garantierter Kredit im Solvenzregime nicht mit Eigenkapital unterlegt und auch in Säule II weniger internes Kapital vorgehalten werden muss.

Der Verband fordert darüber hinaus von den Regulierern eine pauschale Senkung der Eigenkapitalanforderungen für die Finanzierung von nachhaltigen Krediten. Damit verbindet sich auch die Hoffnung, dass einige der Folgen von Basel IV abgemildert würden. Eine Verknüpfung dieser pauschalen Absenkung mit dem zugrunde liegenden Risiko lehnt der BdB aber ab, da nachhaltige Kredite nicht per se risikoarm seien. Dafür braucht es aber zunächst eine vereinfachte Definition, was als grün einzustufen sei. Denn die im Frühjahr vorgelegte EU-Taxonomie ist mit fast 600 Seiten viel zu komplex und im Kredit-Tagesgeschäft nicht umzusetzen. Darüber hinaus fehlt es auch an wesentlichen Daten, die einer Kreditentscheidung zugrunde liegen. Entsprechend wünscht sich Ossig einige klar definierte und standardisierte Kennzahlen, die auf EU-Ebene über ein zentrales Datenregister zur Verfügung gestellt werden.

All das wäre zwar ein starkes politisches Signal und würde vermutlich zu spürbar mehr nachhaltigen Finanzierungen führen. Aber ist das wirklich wünschenswert? Bei einer Auslagerung der Risiken und gleichzeitiger Absenkung der Eigenkapitalunterlegung würden vermutlich auch Investments getätigt werden, nur um den Investitionswillen zu befriedigen. Die "grüne Blase" würde enorm aufgepumpt werden, die, wenn sie platzt, zu einem verminderten Vertrauen gegenüber Sustainable Finance führen könnte. Es gibt ohne Zweifel noch viel zu tun, aber Nachhaltigkeit sollte nicht erzwungen werden.